

Arbeiter-Zeitung

A

SPORT
Heute:
VOM SONNTAG!

Ersther
Wochen
Botenlo
monatlich
abgegeben
sammelpost
meterseite od
Saubere
10 Pf.
20 Pf.
30 Pf.
40 Pf.
50 Pf.
60 Pf.
70 Pf.
80 Pf.
90 Pf.
100 Pf.
110 Pf.
120 Pf.
130 Pf.
140 Pf.
150 Pf.
160 Pf.
170 Pf.
180 Pf.
190 Pf.
200 Pf.
210 Pf.
220 Pf.
230 Pf.
240 Pf.
250 Pf.
260 Pf.
270 Pf.
280 Pf.
290 Pf.
300 Pf.
310 Pf.
320 Pf.
330 Pf.
340 Pf.
350 Pf.
360 Pf.
370 Pf.
380 Pf.
390 Pf.
400 Pf.
410 Pf.
420 Pf.
430 Pf.
440 Pf.
450 Pf.
460 Pf.
470 Pf.
480 Pf.
490 Pf.
500 Pf.
510 Pf.
520 Pf.
530 Pf.
540 Pf.
550 Pf.
560 Pf.
570 Pf.
580 Pf.
590 Pf.
600 Pf.
610 Pf.
620 Pf.
630 Pf.
640 Pf.
650 Pf.
660 Pf.
670 Pf.
680 Pf.
690 Pf.
700 Pf.
710 Pf.
720 Pf.
730 Pf.
740 Pf.
750 Pf.
760 Pf.
770 Pf.
780 Pf.
790 Pf.
800 Pf.
810 Pf.
820 Pf.
830 Pf.
840 Pf.
850 Pf.
860 Pf.
870 Pf.
880 Pf.
890 Pf.
900 Pf.
910 Pf.
920 Pf.
930 Pf.
940 Pf.
950 Pf.
960 Pf.
970 Pf.
980 Pf.
990 Pf.
1000 Pf.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Ver-
breiter 480 30. Postfachkonto: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Bach-
haus). Fernsprecher 480 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag 10
Freitag von 17—18 Uhr. — Verlagsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer
Straße 50. Fernsprecher 480 30.

Was bringt die neue Notverordnung der Papen-Regierung?

**Abbau der Unterstützungsjäge der Erwerbslosen / Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung nur 6 Wochen / Abbau der
Kriegsbeschädigtenrenten / Beseitigung der Freigrenze bei der Krisensteuer / Schafft überall Kampfesführungen auf breitester
Massenbasis für die Auslösung von machtvollen Erwerbslosendemonstrationen und Massenstreiks!**

Berlin, 13. Juni. (Eig. Drahtber.) Die Morgenpresse meldet, daß die neuen Notverordnungen der Papen-Schleicher-Regierung soweit fertiggestellt sind, daß sie am Dienstag verkündet werden. Diese Notverordnungen werden alle Verfügungen noch übertreffen. Es steht endgültig fest, daß die Unterstützungsjäge der Erwerbslosen um durchschnittlich 23 Prozent, das heißt um ein Viertel, gekürzt werden. Anspruch auf die Unterstützung besteht in Zukunft nur noch für sechs Wochen; danach tritt bei jedem Erwerbslosen die Bedürftigkeitsprüfung ein. Die „nationale Regierung“ kürzt auch die Kriegsbeschädigtenrente sehr stark. Die Krisensteuer wird ebenfalls beträchtlich erhöht. Die Notverordnung von Papen geht noch weit über die ungeheuren Pläne der Brüning-Regierung hinaus. Während Brüning geplant hatte, durch die neu einzuführende Beschäftigungssteuer 325 Millionen Mark aus den merktätigen Massen herauszuholen, läßt die Papen-Regierung wohl die Bezeichnung Beschäftigungssteuer fallen, erhöht aber dafür die Krisensteuer, so daß die neue Steuerbelastung der Werktätigen über die Pläne Brünings hinaus von 325 Millionen auf 500 Millionen erhöht wird. Eine weitere ungeheure Verschärfung des Steuerdrucks liegt darin, daß durch die neue Krisensteuer die bisherige Freigrenze aufgehoben wird. Die Einkommen bis zu 125 Mark werden jetzt mit einemhalb Prozent monatlich versteuert, von 125 Mark anwärts steigt der Satz bis zu 6,5 Prozent. Durch die Aufhebung der Freigrenze und die Art der Steigerung werden gerade die am schlechtesten gestellten Einkommensempfänger schwer getroffen. Durch die Kürzung der sozialen Unterstützungen sowie der Unterstützungsdauer will die Papen-Schleicher-Regierung noch 200 Millionen Mark mehr heraus- holen, als es Brüning mit seinen ungeheuren Plänen vor hatte.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat in seinem Aufruf vom 8. Juni an die deutsche Arbeiterklasse die Rolle der Papen-

Regierung im Dienste der Trutskapitäne, Großagrarier und Generale und der Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion aufgezeigt. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat in den letzten Wochen eine weitere Verschärfung erfahren. Die Papen-Regierung will mit dieser Notverordnung alle die sich aus der Krise ergebenden Laken auf die Schultern der ausgebeuteten und notleidenden Massen abwälzen. Und sollte etwa die Arbeiterschaft es wagen, sich gegen die immer härter schwingende Hungerpeitsche aufzubegehren, so soll mit Hilfe des kapitalistischen Machtapparates die kämpfende Arbeiterschaft niedergeschlagen werden. Die SA-Normationen werden bereits in den nächsten Stunden wieder legalisiert und sollen im Kampfe gegen die arbeitende Klasse in unverhüllter Weise miteingeführt werden. Die kommunistische Partei hat in ihrem Aufruf den Weg des Kampfes gegen die Regierung der finsternen Reaktionen aufgezeigt. Die Durchführung der neuen Notverordnung kann nur durch den außerparlamentarischen Massenkampf verhindert werden. Unsere Aufgabe ist es, täglich, ja stündlich die proletarischen Anhänger aller Parteien von den Nationalsozialisten bis zur SAP für die rote Einheitsfront zu gewinnen. Wir Kommunisten müssen diese Anhänger davon über- zeugen, daß nur die kommunistische Partei die einzige anti- imperialistische und antifaschistische Kraft im Kampfe um Arbeit, Brot und Freiheit ist. Wir Kommunisten müssen gerade in Breslau ver- fährt den Kampf um die Gewinnung der SAP-Arbeiter führen. Wir müssen den Übertritt der drei führenden Mitglieder der SAP zur Partei Lenin benutzen, um die Götter, Ziegler u. Co. von den kampfgewillten Arbeitermassen zu isolieren. Die Genossen, die zur KPD. gekommen sind, erklären in ihrem Brief, daß die praktische Politik der SAP. konterrevolutionär sei. Wir haben seit Jahr und Tag auch nichts anderes über die Rolle der SAP. behauptet. Diese Genossen führen in ihrem Schreiben an, daß Ziegler mit in der Front der

streikbrecherischen UGB- Bürokratie steht, und deshalb müssen die Breslauer Metallarbeiter mit den von ihnen in den Betrieben ge- wählten Kampfleitungen die neue Streikbewegung organisieren. Die Rolle der führenden SAP-Funktionäre in den Breslauer Gemeinde- betrieben ist genau die gleiche wie die Ziegler, und auch sie müssen unten auf ihren Arbeitsstellen die Kampf vorbereitungen treffen.

Der Kampf gegen die neue Notverordnung muß sich widerspiegeln in einer Welle von großen Erwerbslosendemonstrationen, unter Ein- beziehung der Betriebsarbeiterkollegen, und Massenstreiks. Die Arbeiter in den Betrieben und auf den Stempelstellen müssen sich darüber klar werden, daß erfolgreiche Kämpfe nur geführt werden können, wenn die Kampfleitungen auf breiter Massenbasis gewählt werden; wenn in ihnen die vom Vertrauen der Arbeitermassen ge- tragenen Kollegen ohne Unterschied der parteipolitischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit vertreten sind. Und solche Kampf- führungen gibt es sofort in jedem Betrieb und auf jeder Stempelstelle gegen die Hungermaßnahmen der Bourgeoisie zu schaffen.

Neuer Nazimord in Nürnberg

Nürnberg, 13. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Am Sonntag nach- mittag kam es hier zwischen demonstrierenden Arbeitern und der Polizei zu schweren Zusammenstößen. Die Polizei hat scharf ge- schossen, wobei der Angestellte Georg Falkner, Mitglied der Kom- munistischen Partei, am Hals tödlich verletzt wurde. Nach Ein- lieferung ins Krankenhaus ist der Genosse gestorben.

Drei führende Mitglieder der SAP. kommen zur KPD.

**Partei vorstandsmitglied der SAP. und Redakteur der „SAZ“ rufen zum Eintritt in die kommunistische Partei auf — SAP-
Arbeiter, folgt diesem Beispiel und schließt die rote Einheitsfront!**

Drei führende Mitglieder der SAP., darunter das Mitglied des Parteivorstandes Gertrud Düby und der verantwort- liche Redakteur der „SAZ“, Duckstein, haben in einem Schreiben an den Parteivorstand der SAP. und an das Zentral- komitee der KPD. ihren Austritt aus der SAP. erklärt und gleichzeitig den Antrag auf Aufnahme in die Kommu- nistische Partei gestellt. Wir begrüßen diesen Schritt der drei Genossen, der zweifellos dazu beitragen wird, daß vielen Ar- beitern in der SAP. der Schritt zur roten Klassenfront und der Eintritt in die kommunistische Partei erleichtert wird. Das Schreiben der drei Genossen, das sich gleichzeitig an alle Mitglieder der SAP. und KPD. richtet, ist ein Dokument des wachsenden Kampfwillens in den Reihen der Arbeiterklasse zur Schaffung der roten Einheitsfront in der Anti- faschistischen Aktion. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

**An den Hauptvorstand der SAP. und den Zentralvorstand der SJV.
An alle Mitglieder der SAP. und des SJV. An das Zentralkomitee der KPD. in Berlin.**

Wir Genossen!
Die unterzeichneten Mitglieder und Funktionäre der Sozialistischen Arbeiterpartei erklären hiermit ihren Austritt aus der SAP. und beantragen ihre Aufnahme in die kommunistische Partei Deutsch- lands. Sie fordern zugleich alle Genossinnen und Genossen in der SAP. und SJV., Ortsgruppen, Funktionäre und Parteimitglieder auf, sich diesem Schritt anzuschließen.

Die Zuspitzung der gesamten politischen Situation, sowohl inter- national wie auch in Deutschland selbst, erfordert klare und rasche Entscheidungen auch in organisatorischer Richtung von allen Ar- beitern und Funktionären. Die Unterzeichneten haben bisher ver- sucht, innerhalb der SAP. für die Durchsetzung ihrer Auffassung zu wirken, durch die Fortsetzung ihrer Auffassungen auf dem Parteitag, durch Diskussionen innerhalb der Mitgliedschaft, durch die Zusammen- fassung gleichgesinnter Genossen und durch die Herausgabe eines selbständigen Organs. Die Zusammenfassung des Parteivorstandes, die Leitung der Tages- und Wochenzeitung der Partei, die organi- sierte Heft des Parteiapparates gegen alle kommunistischen Auf- fassungen bei gleichzeitiger Fortsetzung einer reformistischen Politik der Gesamtpartei, haben die Fortsetzung dieser Arbeit unmöglich gemacht und gleichzeitig klar bewiesen, daß die SAP. bei den kommen- den schweren Entscheidungen im Kampfe gegen den Faschismus nur als Barriere gegen den Kommunismus wirken soll. Für die konter- revolutionäre Praxis der SAP. nur zwei Beispiele:

Die Reichstagsfraktion der SAP. hat gegen den kommunistischen Antrag auf Austritt aus dem Völkerverbund zusammen mit den Klassen- feinden des deutschen Proletariats gestimmt. Erinnert sei auch daran, daß die SAP. Koalition zusammen mit den Sozialdemokraten für die braunschweigischen Polizeistützpunktschüsse stimmte, angeblich „human- licherweise“. Herrliche Klassenkämpfer, die „verheerend“ dem Massen- feind die Mittel des Kampfes gegen die Arbeiterklasse bewilligen.

Ebenso konterrevolutionär und reformistisch ist die Politik der SAP. in den Gewerkschaften. Der Metallarbeiterbevollmächtigte Ziegler, Breslau, hat sich eindeutig im Breslauer Metallarbeiter- streik in die Front der Gewerkschaftsbürokratie eingereiht. Unter solchen Umständen ist es uns nicht länger möglich, Mitglieder der SAP. zu bleiben.

Wir machen diesen Schritt in dem Bewußtsein, daß es notwendig ist, daß das deutsche Proletariat gegenüber der stark zentralisierten faschistischen Massenpartei seine eigenen Reihen zur revolutionären Massen- und Klassenfront zusammenschließt. Dieser Front müssen auch die Arbeiter eingegliedert werden, die sich heute noch unter der reformistischen Führung der Sozialdemokratie befinden. Mit ihnen in praktischen täglichen Fragen und Kämpfen gegen die faschistische Re- aktion zusammenwirken ist das dringende Erfordernis der Situation. Den praktischen Weg zu einer solchen Einheitsfront der Arbeiterklasse, den revolutionären Massenkampf gegen den Faschismus, hat die KPD. durch den Aufruf vom 26. April 1932 gezeigt. In diesem Aufruf heißt es:

„Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter ver- einigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unter- stützungsbau führen will, gemeinsam zu kämpfen! Wir Kommunisten schlagen euch vor: Sofort in jedem Betrieb und Schacht, auf allen Stempelstellen und Arbeitsnachweisen, in allen Gewerkschaften Massen- versammlungen der Arbeiter einzuberufen, die drohende Lage zu über- prüfen, die gemeinsamen Forderungen aufzustellen, Kampfausschüsse und Streikleitungen der kommunistischen, sozialdemokratischen, christ- lichen und parteilosen Arbeiter zu wählen und entschlossen den Massen- kampfeinsatz und Streik gegen jeden Lohn- und Unterstützungsabbau vor- zubereiten und durchzuführen.“

Am Sinne dieses Aufrufes ist bereits in vielen Orten Deutsch- lands die rote Einheitsfront der Arbeiter hergestellt. Die SAP. hat zu dem vorgeschlagenen Weg der KPD. nur ablehnend Stellung ge- nommen. Wir aber halten es für ein Gebot der Stunde, die Kom- munistische Partei zu stärken, die in all den einzelnen Aktionen das revolutionäre Gesamtinteresse des Proletariats vertritt.

Wir glauben, daß diese Stärkung am besten durch die Mitarbeit innerhalb der kommunistischen Partei bewirkt wird. Der demokratische Zentralismus innerhalb der kommunistischen Partei bürgt dafür, daß alle politischen und taktischen Fragen des Massenkampfes kameradschaft- lich gestellt und diskutiert werden können zur Förderung und Hebung der Schlagkraft des Proletariats.

Wir fordern alle Mitglieder der SAP. auf, auch soweit sie noch nicht gewillt sind, unseren Schritt mitzumachen, bei den kommenden Wahlen ihre Stimme dem kommunistischen Kandidaten zu geben, um damit der Zerplitterung der Stimmen der Arbeiterschaft entgegenzu- wirken. Unsere Forderung ist diktiert von der Überzeugung, daß diese, wahrscheinlich letzten Wahlen, von der und für die Arbeiterklasse dazu benutzt werden müssen, die Massen zu mobilisieren und die außer- parlamentarischen Kämpfe vorzubereiten.

Gertrud Düby
(Parteivorstandsmitglied der SAP.)
Herbert Duckstein
(verantwortlicher Redakteur der SAZ.)
Otto Jacobsen

Johannistfest

Täglich ab 3 Uhr bis 26. Juni, das Fest der schlesischen Heimat, das Breslaner

gegenüber der Jahrhunderthalle

Täglich große Sportkämpfe * Hugo Haase's neuartige Schaustellungen

Heute Montag 6 Uhr: 4 Boxkämpfe mit internationaler Besetzung in verschiedenen Gewichtsklassen
Morgen Dienstag: 5 1/2 Uhr: Fußballmannschaft von Eivira Wilson
6 Uhr: Vorführung von Polizei- und Schutzhunden
Eintrittspreise: wochentags 20 Pfg., Kinder 10 Pfg., an Sonn- und Feiertagen: 30 Pfg., Kinder 20 Pfg. Dauerkarten zu 2 Mt. sind im Vorverkauf bei Parash, Wertheim, Hainauer und Hoppe erhältlich.
Lesen Sie die „Johannistfest-Zeitung“ * Preisauschreiben * 435 Bargeld- und Wertgewinne

Breslau

Breslau, 13. Juni.

Bürgermeister Maches „Chre“ repariert

Das Breslauer Schöffengericht verurteilte am Donnerstag den Genossen Brodde zu zehn Tagen Gefängnis wegen Verleumdung des Bürgermeisters Maches. Die Verleumdungen wurden darin erblickt, daß unser Genosse B. bei der ersten Ansprache über den Haushaltplan im Stadtparlament, als der deutschnationalen Stadverordneten-vorsteher Friedrich den „Tant“ an die hässlichen Arbeiter, Angeestellten und Beamten ansprach, zu den Magistratsräthen hinüber rief: „Seht euch den Bürgermeister Maches an, den vollgefressenen Strampf!“

Interessant ist die Begründung des Urteilers, der feststellte, daß die Verleumdung durch das Wort „vollgefressen“ zum Ausdruck käme. Der Richter stellte weiter fest, daß es bei der Ansprache „vollgefressen“ heute in solchem Zusammenhang schon fragwürdig sei. Denn in der heutigen Situation, so erklärte der Richter, sei die Gegenüberstellung der wenigen, die sich noch vollfressen können, mit den vielen, die nichts mehr zu essen haben, eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, die bestraft werden muß.

Es kommt wirklich sehr selten vor, daß wir mit den Ausführungen eines Klassenrichters einverstanden sind. Hier hat dieser Richter mit seiner Feststellung über die wenigen Vollgefressenen und die vielen Hungernden, die nichts mehr zu essen haben, zweifellos recht. Aber in der Schlussfolgerung, nämlich in der Verurteilung derjenigen, die diese Tatsachen feststellen, kommt die ganze Willkürlichkeit und Brutalität des kapitalistischen Systems zum Ausdruck. Und diese Zustände werden erst eine Aenderung erfahren, in einem Deutschland, in welchem die Arbeiter und Bauern die Macht haben.

Gemeinsame Mitgliederversammlung der SPD. und SWP. in Scheitnig

Alle Genossen und Genossinnen der SPD. und Massenorganisationen, heraus am Dienstag um 20 Uhr zur gemeinsamen Mitgliederversammlung im „Dorfstr.“. Ohne Mitgliedsbuch keinen Zutritt!

Einen ganzen Tag Verspätung

Habt ihr heute schon mit eurer Anwesenheit beim Gutsmann. Holt sofort nach und schickt die Berichte ein, sonst muß die Ortsgruppe das ganze Material bezahlen!

Die fällige Rußlandheke im Malerverband

Mitglieder sprechen den Bürokraten das „Vertrauen“ aus — Jagt diese Sorte Führer zum Teufel

Breslau. „Der Kampf gegen die Krise“ — unter diesem Thema fand die letzte Mitgliederversammlung des Verbandes der Maler und Lackierer statt. Als Redner hatte man sich den Reichsjugendleiter des Malerverbandes, den Kollegen Barth, geholt. Seine Ausführungen gingen darauf hinaus, daß nicht das System des Kapitalismus, sondern nur einige Wirtschaftsführer an der Krise und der Not der Arbeiterschaft die Schuld tragen. Auf einen Zwischenruf, ob es in Rußland auch Erwerbslöse gibt, antwortete er mit ja, und knüpfte daran sofort eine üble Rußlandheke, indem er sagte, daß es auch dort eine Wirtschaftskrise gäbe und daß das Heer der Erwerbslosen noch wachsen wird. Auf diese Ausführungen hin möchte man diesen Reichsjugendleiter, ganz gelinde gesagt, als einen Dummkopf bezeichnen, der nicht die Wirtschaftskrise in allen kapitalistischen Ländern und ihre internationalen Zusammenhänge sieht, sondern einzelne Wirtschaftsführer als die Schuldigen bezeichnet. Als Ausweg aus dieser Krise schlägt er vor, Ruhe und nochmals Ruhe bewahren. Wirtschaftskämpfe zu führen sei in der jetzigen Zeit nach seiner Auffassung nicht möglich und würde nicht zur Stärkung, sondern zur Schwächung der Aktionskraft der Arbeiterschaft führen. In diesen Sätzen wird so deutlich wie nie der Beweis für das gefährt, was die Kommunisten seit Jahren bereits sagen, nämlich, daß die SPD.- und KPD.-Führer die Hauptstützen des kapitalistischen Systems sind. Ja, sie haben sich ja selbst als die „Märkte am Kranken Kapitalismus“ bezeichnet. Hier kommt aber auch so recht ihre „Opposition“ gegen die kapitalistische Regierung, die ja die Beauftragten der Schwere- und Großindustrie sind, zum Ausdruck und zeigt, daß diese Führer nur ihre Methoden geändert haben, um ein neues Vertragsmanöver zu führen, mittels welchem sie die Massen vom revolutionären Kampf glauben abhalten zu können. Dann sprach B. über das „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ der SPD. und empfahl den Kollegen die 40 Stundenwoche ohne Lohnausgleich. In Verbindung mit dem Manöver des „Arbeitsbeschaffungsprogramms“ führte er eine üble kommunistische Abfälligkeit an, nämlich, daß diese Rede sagen, sie war so gehalten, wie sie auch nur solche ein Arbeitervertreter halten kann, in der, das sei besonders betont, auch nicht ein Wort vom Kampf gegen die Krise und Verleumdung enthalten war.

In der Diskussion sprach ein SWP. und ein KPD.-Kollege. Letzterer zeigte die Rolle der Gewerkschaftsführer auf, die im Dienste der Kapitalisten die Arbeiterschaft der Verleumdung immer weiter entgegenführten. Während die Arbeiterschaft immer deutlicher erkennt, daß der Kapitalismus der Todfeind der Arbeiterklasse ist, sehen die SPD.- und KPD.-Führer ihre Verantwortlichkeit in der Stärkung und Erhaltung der zusammenbrechenden kapitalistischen Wirtschaftsform. Die besten Beispiele dafür lieferte vor kurzem erst das Breslauer

Wachsende faschistische Diktatur im Stadtparlament

Geschäftsordnung wird verschärft auf Veranlassung der SPD. — SWP.-Führer tolerieren Kommunisten sollen im Parlament unmöglich gemacht werden

Breslau. Mit Riesenschritten rast der Faschismus durch die Lande. Die Nazi-SA-Banden sollen in wenigen Stunden legalisiert werden und dem Terror der braunen Morbpest, der jetzt schon auf der Straße haust, wird durch Aufhebung des SA-„Verbots“ Vorschub geleistet. So wie der Mordfaschismus wächst, so wächst auch der Faschismus im Betrieb und an der Stempelstelle. Ungehörige Angriffe auf die Lebenslage der Arbeiterschaft sehen bevor und auch der Staatsapparat faschisiert sich unter der Regierung der Generale und Großindustriellen.

Diese Faschisierung macht auch nicht Halt vor der kleinen Zelle des kapitalistischen Staates, der Gemeinde. Die Vertreter des Bürgertums einschließlich der SPD., reden den Vertätigten ein, die Kommune sei ein besonderes, selbständiges Organ, ein sich selbstverwaltendes Gebilde, in Wirklichkeit ist die Gemeinde ein Hilfsorgan zur Durchführung der Ausbeutung der Vertätigten, sie ist der Gerichtsvollzieher der Notverordnungen und gleichzeitig das Instrument zur Niederhaltung der Vertätigten und zur Aufrechterhaltung der „Ruhe und Ordnung“ im Interesse der bestehenden Klasse.

Daß dem so ist, dafür hat die Breslauer werktätige Bevölkerung in den letzten Wochen und Tagen den besten Anschauungsunterricht bekommen. Seit einigen Wochen steht zur Tagesordnung im Stadtparlament, welches ebenfalls wie alle Parlamente, im kapitalistischen Staate nur eine Klasse ist, hinter welcher sich die brutale Frage der Diktatur verbirgt, die Beratung des Hungerretats. Die kommunistische Fraktion, bestehend aus vier Mann, hat eine ganze Anzahl Anträge im Interesse der Arbeiterschaft und der Kleingewerbetreibenden zur Beratung gestellt. Die gesamten Vertreter des Bürgertums, an der Spitze die SPD., lehnten die Beratung der Anträge ab, ja sie benutzten die Gelegenheit, um gegen die SPD.-Fraktion eine wüste Hetz- und Verleumdungskampagne zu führen. Die SPD., an der Spitze der Leichen-Fresser, gab mit ihrer unverschämten, frechen wie läugerischen Hetzkampagne gegen unsern Genossen Brodde das Stichwort zur weiteren Faschisierung des Breslauer Stadtparlaments unter Duldung der SWP.-Stadtvorordneten, die sich

für einen „ankündigeren“ Kampf ausgesprochen. Für die am Donnerstag stattfindende Sitzung des „hohen“ Hauses haben die Vertreter des Bürgertums folgende Aenderung der Geschäftsordnung vorgeschlagen:

„Der Vorsitzende ist berechtigt, ein Mitglied der Versammlung, welches in der Sitzung die Ordnung verlegt, zur Ordnung zu rufen. Ist der Ordnungsruf im Laufe einer Sitzung zweimal ergegangen, so kann die Versammlung auf Antrag des Vorsitzenden ohne Beratung beschließen, daß dem Mitgliede während der ganzen Dauer der Sitzung das Wort nicht mehr erteilt werde.“

Wenn ein weiterer Ordnungsruf gegen dasselbe Mitglied der Stadtvorordnetenversammlung ergeht, so kann die Versammlung auf Antrag des Vorsitzenden ohne Beratung beschließen, daß das Mitglied für die Dauer der Sitzung oder auf eine gewisse Zeit oder für die ganze Dauer der Wahlperiode aus der Versammlung ausgeschlossen wird. Das ausgeschlossene Mitglied hat auf Aufforderung des Vorsitzenden den Sitzungssaal zu verlassen; leistet es dieser Aufforderung keine Folge, so ist der Vorsitzende berechtigt, das ausgeschlossene Mitglied gewaltsam entfernen zu lassen. Mit dem Ausschluß aus der Versammlung verliert das Mitglied auch die Befugnis, sich während der Dauer des Ausschlusses in den sonstigen der Stadtvorordnetenversammlung zur Verfügung stehenden Räumen, zu denen auch die Vorräume gehören, aufzuhalten.

Das ist der Ausdruck der weiteren Faschisierung. Die Anklänge der Demokratie fällt und mit brutaler Gewalt wird gegen die Kommunisten, die einzigen Vertreter der arbeitenden und ausgebeuteten Massen, vorgegangen. Man will die Kommunisten im Parlament unmöglich machen, man will verhindern, daß sie den Massen der Vertätigten die Ursachen der Not und des Elends aufzeigen. Das doch bereits das Reichsgericht, unter Vorsitz des von der Arbeiterschaft verhassten Herrn Baumgarten, in einem Prozeß gegen den Genossen Kambite aus Hamburg zum Ausdruck gebracht, daß die parlamentarische Tätigkeit der SPD. Sachverrat sei.

Die Kommunisten werden trotzdem nicht nachlassen in diesem Kampf. Sie werden gegen die Verschärfung der Geschäftsordnung, die dazu führt, daß die kommunistischen Änderungsanträge, die im Interesse der Vertätigten gestellt wurden, nicht zur Beratung kommen und der Hungerretat in seiner jetzigen Form angenommen wird, die schärfste Obstruktion üben.

Die Breslauer Arbeiterschaft muß sofort gegen den neuen Anschlag auf ihre Parlamentsfraktionen, der ein Schlag gegen die gesamte Arbeiterschaft ist, in die antifaschistische Aktion treten. Es gilt, den Kampf gegen die Anebelung der Arbeitervertreter im Breslauer Rathaus aufzunehmen. In einheitlicher Front der SWP., SPD. und parteilosen Arbeiter muß dieser neue Schandstreich in außerparlamentarischer Aktion abgewehrt werden.

Masch

Dienstag, den 14. Juni, um 20 Uhr, Vortragabend: „Bürgerliche und proletarische Literatur.“
Mittwoch um 20 Uhr, Kurkurs: „Marxismus“ (Fortsetzung).
Freitag um 20 Uhr, Vortragabend in Marollen.
Sonntag um 20 Uhr, Vortragabend: „Wirtschaftsgeographie Rußlands.“

Die beiden Vortragabend finden im Schulungsraum der „Masch“, Bacherstraße 11, Seitenhaus rechts 1, statt.

Am Sonntag, dem 25. Juni, veranstaltet die Marxistische Arbeiterhilfe eine proletarische Sonnenwendfeier in Marqaz, unter Mitwirkung einer Schamankenschule und der Antiprotruppe der „Masch“. Im Anschluß daran Tanz mit Tomkela. Fahrpreis statt 1,10 Mark nur 70 Pfennig, Kinder 30 Pfennig. Karten sind im Büro der „Masch“, Bacherstraße 14, und allen Büros der proletarischen Organisationen zu erhalten.

Wohnung, Quartiere werden gesucht!

Für das am 18. und 19. Juni stattfindende schlesische Landespartei werden noch eine Menge Quartiere benötigt. Wir bitten, Solidarität mit den roten Sportlern zu üben und Wohnungen nach dem „Fichte“-Heim, Siebenhülener Straße 12/13, zu geben.

Freie Esperanto-Vereinigung Breslau

Dienstag, den 14. Juni, um 20 Uhr, im Radioheim, Paradiesstraße 17, Vorstandssitzung und Übungsabend. Donnerstag, den 16. Juni, um 22 Uhr, Radiovortrag des Genossen Trentler.

Amateurboxkämpfe auf dem Johannistfest

Im Rahmen der großen Sportveranstaltungen auf dem Breslauer Johannistfest werden am Montag erstmalig die Breslauer Amateurboxer in Freikampfen in Aktion treten. Es werden insgesamt vier Kämpfe durchgeführt werden, die sicher beim Publikum höchsten Anklang finden werden.

Die 1932er Johannistfestzeitung ist erschienen; sie enthält interessante Bilder von früheren schlesischen Heimafesten und vor allem vom diesjährigen Johannistfest. Generell das offizielle Festprogramm, außerdem ein ausführliches Lebensbild von Hugo Haase, Beschreibung der Preisbezeichnungen auf dem Festplatz sowie ein Preisauschreiben, bei dem 435 Bargeld- und Wertgewinne bzw. 1200 Mark zu gewinnen sind. Der Zeitungsverkaufspreis ist dieses Jahr nur 10 Pfennig.

Verantwortlich für den politischen Teil: Probing und Lokales: Erich Hoppe, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Henrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Kreisitzer Straße 80.

Kein Breslauer Betrieb ohne Delegierte zur Konferenz am 21. Juni!

Die werktätige Frau



Lachende Kinder

im faschistischen Italien — aber nur auf Bildern. — Unbeschreibliche Kindernot herrscht im „Dritten Reich“ Mussolinis. Mit der bis ins Unerträgliche gesteigerten Not der Werktätigen im Lande Mussolinis hat die Geburtenzahl rapide abgenommen. Nun versucht die faschistische Regierung, mit solch kitschigen Ansichtskarten für Kanonenfutter Reklame zu machen. Lachende Kinder, frohe Jugend, gibt es heute nur in der Sowjetunion.

Frauendelegierte stellen ihre Forderungen an den Magistrat

„Unterstützung nicht vorgesehen“ — Geschlossener Kampf alle

In Hattlingen hielt das Ortskomitee werktätiger Frauen eine Versammlung ab. In dieser außerordentlichen Versammlung von Frauen und Arbeitern, denen aus allen Schichten der Bevölkerung wurde beigesteuert, an den Magistrat folgendes Schreiben zu senden:

- Nur alle Unterhaltungsberechtigten fordern wir die Bewilligung von:
1. einen Zentner Kohle pro Woche.
 2. einmalige Bewilligung von zwei Zentner Kartoffeln für Mann und Frau und für jedes Kind einen Zentner.
 3. einer Liter Milch pro Tag für Säuglinge bis zu einem Jahre, einer halben Liter Milch pro Tag für Kleinkinder bis zu fünf Jahren.
 4. für unterhaltungsberechtigten Kleingartenbesitzer 1 Zentner im Werte von zwei Mark, 1/2 Zentner Saatkartoffeln.
 5. einen Fußweg für Düngemittel in Höhe von drei Mark.
- Wiedereröffnung der Waldschule und kostenloser Verpflegung der Schulkinder während des Aufenthaltes in der Waldschule.
- Das Ortskomitee bekam daraufhin vom Magistrat folgendes Schreiben in der Hand:
- An das Ortskomitee werktätiger Frauen
Hattlingen, Kl. Str. 4

Hattlingen aber besitzt nicht die Mittel, um Ihre Wünsche, die einen Kostenanfang von rund 250.000 Mark im Jahr erfordern, für eigene Rechnung durchzuführen.

Städtisches Wohlfahrtsamt,
gez. Keller.

Die Frauen hielten sofort eine Zeitung her, in der sie den Antrag, und der Ablehnung Stellung genommen wird. Sie legten eine Gegenrechnung auf, in der sie die Aufbringung der 250.000 Mark durch Streichung anderer überflüssiger Ausgaben festlegten.

Eine Versammlung wurde sofort einberufen. Die Frauen legten diese Versammlung in die Zeit, in der der Magistrat tagte, um dann gleichzeitig eine Delegation zum Magistrat zu entsenden. Die Arbeiterinnen werden durch ihren einheitlichen Willen und ihre geschlossene Kampfkraft ihre Forderungen durchsetzen!

Frauen!

**Jetzt gilt's, kämpft mit!
Gegen Faschismus und Not
Für Freiheit und Brot!**

Heraus zur Antifaschistischen Aktion!

Wir bedauern, Ihre Anfrage ablehnen zu müssen, da die Richtlinien des Ernährungs-Ruhr-Kreises Unterstützung dieser Art nicht vorsehen, diese somit unzulässig sind. Die Stadt...

Geschlossene Abwehr

Arbeiterinnen verhindern Zwangsverschickung

In Herne (Ruhrgebiet) sollten vom Arbeitsamt 23 Arbeiterinnen nach Hannover zum Spargelstechen vermittelt werden. Am Tage der Abfahrt fanden sich am Bahnhof 300 Arbeiterinnen und Arbeiter ein und verhinderten durch ihr geschlossenes und energisches Auftreten die Zwangsverschickung!

Die Polizei war zwar in Aktion getreten und versuchte durch den Gebrauch des Gummiknüppels die Arbeiterinnen doch zur Abfahrt zu bewegen. Aber sie blieben fest in ihrem Entschluß und zuhren nicht ab.

Einige Zeit darauf sollten wiederum 30 Arbeiterinnen zwangsverschickt werden. Die Anweisung ging von demselben Arbeitsamt aus. Die Arbeiterinnen leisteten aber schon auf der Stempelstelle Widerstand. Man hatte ihnen die Stempelbücher bereits abgenommen, sie blieben aber weiterhin auf dem Stempelamt und forderten die Weiterzahlung ihrer Unterstützung.

Da sie bereits aus der Liste der Fürsorgeempfängerinnen gestrichen waren, mußten sie neu aufgenommen werden. Die Beamten fühlten sich dazu nicht bemüht und wollten erst die Anweisung des Vorstehenden abwarten. Die Aufnahmescheine wurden nicht sofort ausgestellt, aber den Arbeiterinnen zahlte man auf Grund ihres energischen Auftretens die halbe Wochenunterstützung aus und gab ihnen noch eine Esstarte zu. Die Fahrt nach Hannover zum Spargelstechen, die Zwangsverschickung wurde abgelehnt.

Das einheitliche, geschlossene Auftreten der Arbeiterinnen, der starke Wille zur Durchsetzung ihrer Forderungen löste bei allen Erwerbslosen — Männern wie Frauen — die größte Anerkennung aus. Und die Arbeiterinnen selbst: Sie erkannten ihre Stärke, ihre Kraft, wenn sie geschlossen vereint in der roten Einheitsfront marschieren.

Wegen eines Tellers Erbsensuppe entlassen...

Ein unerhörter Vorfall spielte sich im Münsterlager (Bezirk Bremen) ab. Dort sind zu „Truppenübungen“ 700 Mann Reichswehr (Infanterieregiment 16) aus Hannover untergebracht. Um je 100 Mann kommt eine Frau zum Kartoffelkochen. Nun war es von jeder Braut, daß diese Frauen das übriggebliebene Essen mit nach Hause nehmen konnten. Am Montag, dem 30. Mai, gab es Spederbier. Die Reste wurden in eine dazu aufgestellte Sonne geschüttet, die Frauen nahmen sich aber jede eine Portion für ihre Kinder mit nach Hause. Eine Frau wurde aber unterwegs vom Zahnmeister, der ein Nazi ist, angehalten und auf der Stelle freilos entlassen, weil sie sich einen Teller Erbsensuppe mitgenommen hatte.

Auf einer Versammlung der Nazijurzte erklärte zwar Straßer, daß ... „Wurst und Weißbrot verschwinden werden, dafür aber die gute alte Erbsensuppe wieder zu Ehren käme!“ In der Zeit schmeißt man eine Frau, die für ihre Kinder einen Teller von der übriggebliebenen Erbsensuppe mit nach Hause nahm, einfach auf die Straße. Die Arbeiterfrauen müssen sich gegen diese faschistischen Methoden energisch zur Wehr setzen.

ECKE für proletarische Kinder!

500 Kinder fahren in die Sowjetunion

Ihr wird gewiss allen, daß die Sowjetunion 175 deutsche Kinder zur Erholung eingeladen haben. Aber nicht nur wir Deutschen sind eingeladen, sondern die Kinder aus allen Ländern der Erde. Da kommen Engländer, Amerikaner, Franzosen, Schweden, Neger, Chinesen usw. Alle Kinder, die hungrig sind, wenn bei ihnen der Kapitalismus her sich und ihre Väter erwerbslos macht, werden in die Sowjetunion reisen, wo alle Menschen Arbeit haben, wo kein Kind Hunger hat. Denn in diesem einzigen Lande der Welt herrscht der Sozialismus.

Verzeht nicht den Brief an uns zu schreiben. Ihr wollt doch auch! Was in der vorigen Kinderrecke stand, also los! Wer bekommt das Buch „Die Rache des Kabanauri“?

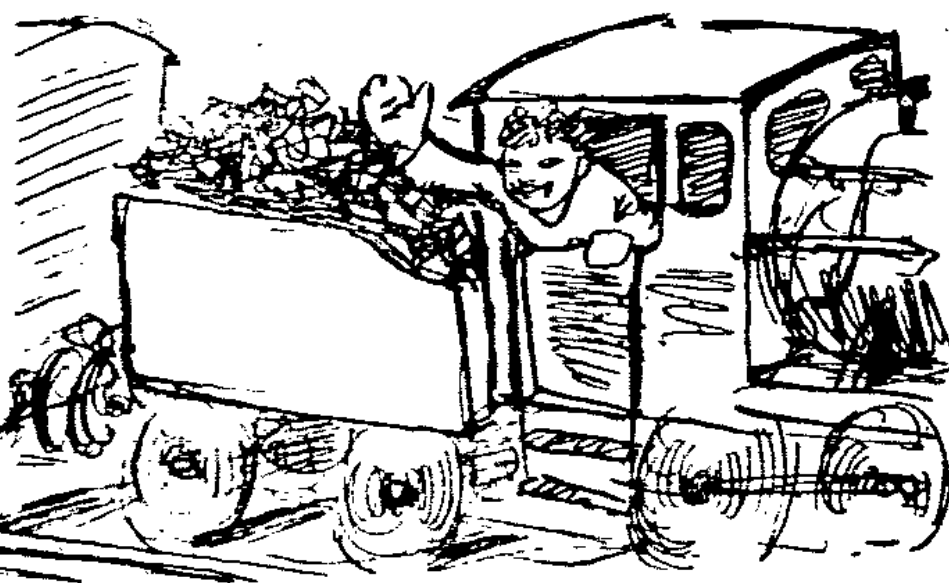
Ob das i-Männchen fährt?

Ja, ja, da sagt ihr immer: „Die Kleinen, die können noch nicht kochen.“ Aber unser Klein-Hemmen am von unserer roten Jungschür hat es bewiesen, daß er es viel, viel besser kann, als die Großen. In seiner katholischen Schule hat die Lehrerin über die Sowjetunion geschimpft. Klein-Hemmenmann steht auf und sagt: „Kinder, das brauchen wir uns nicht gefallen zu lassen, kommt mit aus der Klasse, soich' eine Lehrerin brauchen wir nicht.“

Er rühmte sich die kleinen i-Männchen ihre Ranzen und folgten dem kleinen Hemmenmann. Nun gab es einen großen Aufruhr in der Schule. Der Rektor, alle Lehrer liefen hinter den Kindern her, um sie wieder in die Schule zurückzuführen.

Und als Klein-Hemmenmann ein Lied in seiner Klasse singen wollte, da sagte er: „Unsere Zeitung, daß ihr's wollt, nur allein die Trommel ist“, und daran anschließend sagte er: „So, Kinder, heute nachmittag kommt ihr alle bei mir die Trommel kochen, sie kostet 10 Pfennig.“

Seid bereit!
Rote Jungpioniere, Essen



Wie wollen rote Elternbeiträge!



In ganz Preußen finden in diesen Tagen Elternbeiratswahlen statt. Wir müssen natürlich dabei sein. Denn wir Kinder sind ja die Hauptsache dabei.

Woher sollen unsere Eltern denn wissen, wie es in der Schule aussieht? Nur wir Kinder wissen das genau. Ob der Ofen qualmt, die Bank wackelt und man sich einen Splitter einreißt; ob das Klosett dreckig oder sauber ist; ob der Lehrer prügelt und die Arbeiter schlecht macht. Das müssen wir unseren Eltern sagen! Wir gehen zu ihren Versammlungen und erzählen dort alles das, was wir wollen!

Nur dann können unsere Eltern uns richtig helfen. Und erst dann können sie solche Väter und Mütter wählen, die uns im Kampf in der Schule helfen.

Wie hat zu eine feine Geschichte

gedruckt. Die heißt **Kochendes Wasser**. In dem Heft wird erzählt, wie ein Chinesenvater seine Tochter verkaufen muß. Das Madel arbeitet dann in eine Seidenfabrik und muß dort in brühheißem Wasser die Seidenraupenkokons sortieren. Als der Fabrikherr einmal zu trech wird, tritt sie mit allen Kameradinnen in den Streik.



Jede Pionierabteilung sollte dieses Heftchen allen Kindern verkaufen. Es kostet nur 5 Pf. Bestellt beim Verlag „Die Trommel“, Berlin C 28, Kl. Alexanderstraße 28.

Roter Massenelbtschuh gebildet — Ueber hundert Arbeiter tragen sich ein

Hälfte der Einwohner erwerbslos

Polenig. Am 1. Juni dieses Jahres werden in Polenig bei Freiburg 1828 Personen aus öffentlichen Mitteln unterstützigt. Das sind 45,54 Prozent der gesamten Einwohnerzahl der Gemeinde.

Die halbe Bevölkerung, die nicht Tage durch die Ernte geht, gibt ein Bild von dem großen Mangel, das in dieser Gemeinde herrscht. In dieser Gemeinde verliert es in den letzten Wochen nicht nur einmal, daß den Erwerbslosen nur ein geringer Teil ihrer Unterstützung ausbezahlt wurde. Durch die große Zahl der Erwerbslosen haben nicht nur die Arbeiter und ihre Familien, sondern selbst weite Kreise der Geschäftsleute und des armen Mittelstandes unter dem Druck zu leiden. Wie groß das Elend der dortigen Bevölkerung ist, geht aus einem Bericht, den uns eine Arbeiterfrau einlieferte, hervor. In diesem Bericht heißt es: „Gestern war ich von zu Hause abwesend. Meine Kinder haben im Hinterhof etwas Holz geholt zum Feuerholz, denn ich muß mir etwas Geld verdienen, indem ich Blumen sammle und verkaufe. Mein Mann liegt im Krankenhaus. Ich wohne schon 13 Jahre in einem elenden Meßkerker, wo überhaupt keine Aussicht ist. Die Fenster gehen auf den Hof, von dem im Sommer ein ungeheurer Gestank hochsteigt. In man nicht einmal lüften. Für dieses Loch soll ich nun 7,50 Mark Miete bezahlen. Alles Recht wird einem entzogen. Ich will raus aus dieser Wohnhöhle. Jetzt greife ich zur Selbsthilfe und zahle keine Miete mehr.“

Dieser kurze Bericht ist nur ein kleiner Ausschnitt von dem Hungerleben der Poleniger Bevölkerung. Er zeigt aber zugleich auch den Willen zum Kampf. Schon einmal haben die Poleniger Erwerbslosen durch eine gemeinsame Massenaktion gezeigt, daß es möglich ist, im einheitlichen Kampf die Angriffe zum weiteren Abbau ihrer Unterstützung abzuwehren. Mit der wachsenden Zahl der Unterstützungsempfänger muß auch der Wille zum gemeinsamen Kampf steigen.

Erwerbslose zum Kampf bereit!

Erwerbslosenausschuß in Langwaltersdorf gewählt

Waldenburg. In der am 8. Juni stattgefundenen Erwerbslosenversammlung wurde ein Erwerbslosenausschuß, bestehend aus acht Kollegen, gewählt. Die Versammlung stellte an die Gemeinde verschiedene Anträge und forderte Einberufung einer außerordentlichen Gemeindevollversammlung, die zu den Anträgen Stellung nehmen soll. Der Antrag 1 zur Arbeitsbeschaffung lautet:

- 1. Renovation des Gemeindegrundstückes Nr. 109.
- 2. Ausbau des Görbersdorfer Weges.
- 3. Ausbau der Hofstraße nach Zellhammer.
- 4. Ausbau der Dorfwege und Brücken.

Diese Arbeiten müssen zu Tariflöhnen ausgeführt werden. Der zweite Antrag lautet: Die Unterstützung fordern die Einberufung der Gemeindevollversammlung auf dem schnellsten Wege, um zu den untenstehenden Forderungen Stellung zu nehmen:

- 1. Die Unterstützungssätze werden nicht gekürzt, sondern in der alten Höhe ausbezahlt.
- 2. Die Leistungen werden wieder unentgeltlich ausgegeben. Die bereits bezahlt haben, müssen den Betrag zurück erhalten.

Erwerbslose und Arbeiter von Langwaltersdorf, unterstützt fröhlich den gewählten Erwerbslosenausschuß

Polizeirazzia in Zellhammer

Zellhammer. In Zellhammer brachen vier Polizeibeamte den Weg, die dem Ort und dessen Einwohnern durch die Hausdurchsuchung sollte ergeben, daß Weiß bei dem angeblichen Einbruch im Monat beteiligt gewesen sein soll. Es wurde nach den Kammerverhältnissen geordnet. Befunden wurde nichts. Die Beamten beschlagnahmten bei Weiß einen Misserfolg. In der Nähe ist verheiratete Mutter gefunden worden. Der Einbruch in das Konsumlager ist bereits im März erfolgt. Was zu dieser Hausdurchsuchung abblieb, nichts zu sehen. Am 11. Juni wurde der Arbeiter Ewald in der Nacht mit großer Gewalt aus dem Haus geworfen. Da wird es ebenfalls vermutet.

Hier sollte die Mitarbeiterschaft die Verhältnisse einmal näher untersuchen. Es ist doch merkwürdig, wenn man erst im Juni verhaftet wird und im April einbezogen wurde.

Verzichtet er auf Arbeiterkundschaft?

Ober-Salzbrunn. In den Stunden der Mittagspause, wo auch die Erwerbslosen, denen jetzt wieder die lange Unterstützung ausbezahlt werden soll. Gegen diese Maßnahmen mit Erfolg zu kämpfen werden die Geschäftsleute erfinden, sich durch ihr Verhalten mit den Lohnarbeitern der Gewerkschaft zu verbinden. Warum die Kunde nicht mehr mit der Geschäftsleute nichts zu haben. Das erkennen auch alle Geschäftsleute bis auf den Meißenermeister Wegner, der die Unterstützung verweigert. Wer achtet uns außerdem die Frage an Herrn Wegner, wenn er die Lohnarbeit für die Erwerbslosen anbietet, mit denen er sich bezieht?

Arbeiter von Ober-Salzbrunn, merkt sich das!

Eine Erwerbslosenversammlung in Wülfegiersdorf

Wülfegiersdorf. Am Mittwoch hatte der Aktionsausschuß zu einer Erwerbslosenversammlung aufgerufen, wozu auch die übrigen Einwohner eingeladen war. Der Saal des „Weißer Hofes“ wies sich wieder als viel zu klein, als daß er hätte die Menschen aufnehmen können, die erschienen waren. Auch gab ein Genosse Bericht von der Landgemeindevollversammlung, der betonte, daß die Jugendlichen wieder ihre alten Unterstützungssätze ausbezahlt erhalten.

Die übrigen aber die gekürzten Sätze erhalten sollen. Nach diesem Bericht sprach dann noch ein Vertreter des Kreis-erwerbslosenausschusses. Die Versammlung, in der auch viel Geschäftsleute erschienen waren, nahm eine Entschiedenheit an, die forderte, die alten Unterstützungssätze für alle wieder ausbezahlt werden oder die Erwerbslosen sollen die Annahme der gekürzten Unterstützung verweigern. Der Aktionsausschuß wurde nun durch sozialdemokratische und parteilose Arbeiter erweitert.

Waldenburg. Am Donnerstag fand im „Friedrichs Saal“ eine Versammlung der arbeitenden Klassen statt. Der Saal war überfüllt, sodass zu sehen ist, daß der Wille zum roten Einheitsfront unter den Massen vorhanden ist. Vor dem Beginn zum Rathaus verließen sich einmal die Funktionäre der „Roten Front“ Giese und Kante unter polizeilichem Schutz durch Handzettel das Zubehören der Versammlung zu verhindern. Sie hatten hierbei Gelegenheit, die Meinung der Arbeiter recht deutlich zu hören. Nach der Rede in der „Wegwacht“ konnte keinen Abbruch tun, das mühten doch endlich diese Leute einsehen. Des öfteren von hartem Beifall unterbrochen, sagte Genosse Klein die Vorgeschichte der Versammlung auf. Erst waren die Funktionäre der SPD, die an der Sitzung teilnahmen, für die Herstellung der Einheitsfront und für eine gemeinsame Versammlung. Von Wende-muth und Lehmann ließen sie sich wieder unstimmen. Diesen „Auhören“ ist vor allen Dingen die Forderung unangenehm, den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau einheitlich zu führen.

Das würde bedeuten, daß sie ihre Mitglieder gegen die Maßnahmen ihrer eigenen Genossen zum Kampf mobilisieren mühten. Genosse Klein sprach über die Notwendigkeit, die unerträgliche Front zu schließen auch gegen den Willen der sozialdemokratischen Führer. Wenn die Mitarbeiterschaft recht hat, werden viele Demagogen auch mal ein der Welt, das es nicht gibt. Die Mitarbeiterschaft wird an dem Tag sein, wenn man nicht mehr hat. Was durch geschlossenes Verhalten zu erzielen ist, werden die letzten Versuche im Waldenburger Gebiet. Genosse Klein schloß mit dem Ruf: „Auf, auf, zum Kampf sind wir geboren!“

In der Diskussion sprachen die Genossen Ernst, Mühlberg, Franke und die Genossen Bräuner. Genosse Wogl von der SPD forderte ebenfalls die Mitarbeiterschaft auf, sich der roten Einheitsfront anzuschließen. Er schloß mit einem „Rot Front“. Zur die SPD sprach Paul Erdmann, dessen Ausführungen ein einziges Lied auf die Wende-Polizei war. Alles in allem blamierte er seine Partei so gut er es eben konnte.

Im Schlußwort blieb Genosse Klein Wiedemann, der als Delegierter bekannt ist, die Antwort nicht schuldig. Anrufender Beifall laut ein, als Genosse Klein seine Ausführungen beendete. Mehr als einhundert Arbeiter melbten sich zum roten Massenelbtschuh. Mit erhobenem Faust langen die Versammlungsteilnehmer die „Internationale“ an. Rote Einheitsfront trag alle dem!

Eine Unterhaltung mit dem Kreis-Wohlfahrtsdirektor

Eine Kommission, die von den Erwerbslosen zum Kreiswohlfahrtsdirektor geschickt wurde, hatte dort folgende Unterhaltung:

Direktor: Wir haben von der Regierung Anweisung erhalten, die Richtigkeit herabzusetzen, weil der Kreis Waldenburg in ganz Schlesia die höchsten Richtigkeitsbezüge. Wenn wir die Richtigkeitsbezüge nicht gekürzt hätten, gäbe es keinen Staatszuschuß mehr und wir könnten dann die Unterstützungen nur noch vier Wochen auszahlen.

1. Frage: Warum hat man die Säcke für Ledige, die bei ihren Angehörigen sind, auf 3,20 Mark wöchentlich festgesetzt, mit diesem Betrag kann doch unmöglich ein Mensch leben. Die jungen Leute sind dann gezwungen, auf die Landstrasse zu gehen.

Direktor: Im Kreiswohlfahrtsausschuß sitzen zwei Frauen, die darüber empört waren, daß man einer verheirateten Frau monatlich 15 Mark, einem Ledigen aber 20 bis 30 Mark gibt. Mann und Frau zusammen erhalten 51 Mark. Ehe die jungen Leute auf die Landstrasse gehen, können sie ja zum Arbeitsdienst gehen, da gibt es gutes Essen und Taschengeld und für Arbeitskleidung wird auch gesorgt.

2. Frage: Von was sollen die älteren Leute Kleidung und Miete bezahlen?

Direktor: In den Richtigkeitsbezüge sind 20 Prozent für Miete und 10 Prozent für Kleidung gerechnet. Außerdem können Anträge auf einmalige Unterstützung zur Beschaffung gestellt werden.

Aus Niederschlesien

Pinferton-Methoden in der Glashütten-AG. Hartau

In dem oben bezeichneten Betrieb herrscht ein merkwürdiges Antreiberleben. Die Löhne der noch dort beschäftigten Glasmacher und Schleifer sind durch den fortgesetzten Vorkraub geradezu katastrophal. Die wenigen noch vor kurzem im Betrieb bestehenden revolutionären Arbeiter sind teils auf das Straßengewand geworfen worden.

Mit Ergänzungen macht die Direktion und der mit ihr unter einer Decke stehende Nazi-Betriebsrat, daß nicht irgendwie revolutionäre Propaganda in diesem Betrieb getrieben wird, damit nicht etwa die Arbeiterschaft entgegen dem Willen der Betriebsleitung durch Schmierereien den Kampf gegen Vorkraub und alle Betriebsverschlechterungen aufnimmt. Bezeichnend dafür ist folgender Vorfall, der sich am vergangenen Sonnabend vor diesem Betrieb abspielte:

Zwei Genossen wollten nach Betriebsanfang den „Roten Ruf“ vor dem Betrieb verteilen. Dabei mußten sie feststellen, daß einige Angestellte und deren Kinder aufpökelten, welcher Arbeiter den „Roten Ruf“ kaufte, um sie bei der Direktion zu denunzieren. (Folgt Text)

Die Arbeiter, welche auf diese Pinfertonmethoden aufmerksam würden, kauften natürlich nicht die Zeitung, um nicht bei der ersten besten Gelegenheit entlassen zu werden. Mit diesen Methoden glaubt die einschüchternde Direktion die Arbeiter einzuschütern zu können und die revolutionäre Auffassung zu verhindern.

Das wird ihr trotz alledem nicht gelingen, denn wir werden Methoden zu finden wissen, um auch in diesem Betrieb die revolutionäre Literatur unterzubringen.

Den Arbeitern der Glashütten AG. rufen wir zu: Laßt euch nicht einschüchtern! Schließt euch zusammen in der KGC! Organisiert den Kampf gegen jeden weiteren Pfennig Vorkraub!

Lebt und verbreitet trotz alledem den „Roten Ruf“ und die „Arbeiter-Zeitung“!

Pflichtarbeit und Unterstützungsabbau

Mroschen. In der Gemeinde Mroschen ist die Pflichtarbeit eingeführt worden. Wegen „hervorragender Leistung“ wurden die Arbeiter mit einem Schnaps von dem Gemeindevorsteher beehret. Die Arbeiter, die sich für die Pflichtarbeit hergeben, sind bis auf einen Nazi alles Reichsbannerprofeten, deren Führer „General Weber“ der Pflichtarbeit zugeweiht hat.

Einem Arbeiter, der die Pflichtarbeit ablehnte, wurde der 30prozentige Gemeindeanteil an der Unterstützung in Abzug gebracht. Bei einer Rücksprache mit dem Gemeindevorsteher erklärte dieser in ganz befehlendem Tone: „Daß jeder 12 Stunden Pflichtarbeit in der Woche zu leisten habe und damit ist es basta.“ Auch der Landrat kümmert sich um keine Beschwerden. Er erklärt, daß die Pflichtarbeit eine ganz gesunde Einrichtung sei, die den Zweck hat, den Proleten den Arbeitswillen zu erhalten. Das ist natürlich ein

3. Frage: Warum hat man im Kreiswohlfahrtsrat 60 000 Mark für diese Zwecke gebücht, wenn in diesem Jahre über 100 Prozent Wohlfahrtsempfänger mehr sind?

Direktor: Das kam daher, weil voriges Jahr zu wenig Anträge gestellt worden sind, die Empfänger sollten es aber jetzt tun.

Ein Fragesteller: Die Sache liegt anders. Es sind Anträge genügend gestellt worden, nur sind die Löhne vom Sozialwohlfahrtsamt immer abgezogen worden. Dadurch konnten diese 60 000 Mark eingespart werden.

Ans dieser Unterhaltung kann man ersehen, daß diese Herren der großen Not sehr wenig Verständnis entgegenbringen und der Meinung sind, daß immer noch etwas einzusparen und abzugucken ist. Sie sollten sich aber klar darüber sein, daß die Schuld der Vermehrung der Armen nur bis zu einem bestimmten Grade geht und jetzt zu Ende ist!

„Sozialdemokratischer Mordling“. Auf unserer diesbezügliche Notiz in unserer Zeitung vom 1. Juni sendet uns der Banarbeiter Wilhelm Friedrich aus Waldenburg-Mittler folgende Perichytung: Es ist nicht wahr, daß ich meine Schwester brutal geschlagen habe, daß sie taublich wurde. Wahr ist, daß anlässlich eines Streites meine Schwester erst meine Mutter und dann mich mit den Worten: „Mischelapfen“ beleidigt und herausgefordert hat. Darauf veruchte ich, meiner Schwester über meine Mutter hinweg, die zwischen uns stand, eine herunterzulassen. War meine Mutter dazwischen stand, gelang mir dies nur so unvollkommen, daß meine Schwester gleich darauf eine Klischee ergriff und damit auf mich einschlug. Weiter bedrohte mich meine Schwester bei dieser Gelegenheit auch mit einem Stuhl!

Wann, der monatlich 900 Mark Gehalt und diverse Dienstbezüge hat.

Wohl ein Arbeiter dem Herrn Landrat in proletarischem Stile die Wahrheit sagte, telephonierte der Razzingangling Partisch nach der Polizei. Kurze Zeit darauf erschien der den Arbeitern bereits zur Genüge bekannte Oberlandjäger Kuf, der auf irgendeine Möglichkeit wartete, mit dem Gemeindevorstand den Sommer vertreiben zu können. Dieser Wunsch ging auf Grund der Disziplin des revolutionären Arbeiters nicht in Erfüllung. Die bereits von der Unterstützung in Abzug abgezogen 3 Mark wurden dem Arbeiter wieder ausbezahlt.

Jeder Prolet an seinem Platz soll unerschrocken auftreten und so den Ausbeutern zeigen, daß die proletarische Klasse nicht den Rücken zu neuen Schlägen hinhält.

Ein Prügelheld

Kriegig. Der vielen Proleten fassam bekannte Innenarchitekt der Parteiverwaltung Herr Christ hat ein Gravonhund geleistet. Folgender Vorfall, der sich am Wilhelmplatz abspielte, wird uns berichtet: Ein Junge von ca. 6 Jahren, dessen Eltern dort auf einer Bank saßen, hatte den Kofen betreten und sich eine Blume abgepickt. Der dies beobachtende so erbitterte Christ eilte hinzu und schlug ganz brutal auf das Kind ein. Dieser Held brachte es fertig, dem Knaben, der weglassen wollte, seinen Spezieret um den Hals zu legen und das Kind niederzulegen. Das Gesicht des Kindes wurde immer wieder auf die Erde gedrückt. Erst ein dazukommender Genosse machte der Mißhandlung ein Ende. Er sorgte dafür, daß das blutende Kind sofort zum nächsten Arzt gebracht wurde. Ohne das Abreißen der Blumen gutzuhelfen, fordern wir sofortiges Einschreiten der Behörde und Bestrafung des „leutlichen“ Märders Christ. Arbeiterkinder sind kein Mißhandlungsobjekt für Zadjien.

Einer, der in das Dritte Reich wanderte

Jauer. Am 7. Juni vormittags wanderte der Nazigetreibehändler Niebig, Jauer, mit dem Strid um den Hals, in das dritte Reich. Vor ungefähr zwei Jahren erhängte sich ebenfalls sein Bruder in einer Bodenstube, welche ihm nach zum Schlafen zur Verfügung stand, aus Hungerstimmung. Der genannte Bruder, der sich jetzt erhängte, ließ ihm das nicht zukommen, was er noch zu beanspruchen hatte. Die Jauerischen Proleten werden sich noch daran erinnern, daß dieser Naziheld bei der Landtagswahl die Polizei und Nazis gegen die Arbeiter hegte.

Schöne weiße Zähne

Schon nach einmalig. Nutzen mit der herrl. erschl. schmeckenden „Eporobon-Zahnpaste“, schreibt uns ein Käufer. Tube 50 Pf. und 80 Pf.

ROTER ARBEITER-SPORT

Sport vom Sonntag

Nichte Heiße 1 gegen Dynamo 1 3:1

Auf der Altemühle hatte Dynamo die Heiße Sportvereine zu Gast. Heiße legte durch besseres Siebvermögen 3:1. Die zweiten Mannschaften trennten sich 3:3, während die dritte Mannschaft den Dynamo einen 1:0 Sieg heranschole.

Schwarz-Weiß 1 — Spielvereinigung Schwarz-Gelb Iomb. 2:1

Die Schwarz-Weißen konnten gegen die kombinierten Overtorvereine wert eine 2:0-Nührung erringen, ehe es den Kombinierten gegen die nur noch mit zehn Mann spielenden Schwarz-Weißen gelang, ein Tor zu erzielen. Die zweiten Mannschaften spielten 1:1. Schwarz-Weiß I. Jugend bezwang die dritte Mannschaft der Kombinierten 3:0.

Süd 1 — Nichte 1 4:1

Auf der Altemühle gab es ein interessantes Treffen. Süd bezwang einen Schwärmer und kann bis Halbzeit 1:0 führen. Nichte gleicht nach der Pause aus. Für die weiteren Tore zeichnen der Rechtsaußen einmal und der Halbrechte zweimal verantwortlich. Die zweiten Mannschaften trennten sich ebenfalls 4:1 für Süd.

Kanal-Ost Handball — Note Betriebsklub 11:3

Die ebenfalls hartende Note Betriebsklub verlor gegen die reaktionären Ost-Handballer mit obigem Resultat.

Dreimal Kanal-Ost gegen Nichte Chlau 16:2

Chlau hat in den wenigen Wochen seines Bestehens schon dreis Mal über den Kanal-Ost triumphiert. Auf den Ausgang ihrer geistigen Spiele gegen Kanal-Ost konnte man sich kaum sein, um so mehr, als sowohl Chlau wie auch Kanal-Ost durch Spielerübertritte ihre Mannschaften wesentlich verstärkt haben.

Chlau hat eine bestimmte Spielstrategie. Sie gehen vom Start in energischem Tempo los, versuchen Tore vorzuliegen, geraten dabei aber in die Gefahr, in der zweiten Hälfte diesem Tempo selbst zum Opfer zu fallen.

Auch gegen Kanal-Ost gingen sie 1:0 in Führung. In einem außerordentlich heftigen und interessanten Spiel hatten sich beide Mannschaften kaum ungefähr die Waage. Bis Halbzeit kann Kanal-Ost ausgleichen. Nach Wiederantritt führt Chlau noch einmal mit

großem Eifer los. Dann setzt sich jedoch die neue Kanal-Ausstellung durch und ihr sehr leistungsfähiger Sturm erzielt drei schwere Tore. Einige Erregungsmomente hätten im Interesse des Werkeswades solcher Ziele mißlich ausbleiben können.

Am Spiel der 2. Nichte-Mannschaft gegen Kanal-Ost II erkämpfte sich Chlau gleichfalls eine am Anfang 1:0-Nührung. Bis zur Halbzeit kommt Kanal zum Ausgleich, um nach Wiederantritt den Ton anzugeben und mit 5:1 zu siegen.

Nach höher war das Ergebnis Kanal-Ost II — Nichte III; nämlich 7:0 für Kanal.

Blau-Weiß Dets gegen Solidarität 1:1

Solidarität weichte in Dets und konnte ein Unentschieden heraushefen. Bei den zweiten Mannschaften siegte Dets 4:3.

Kanal-Ost-Schüler gegen M.W.-Pioniere 3:1

Im Rahmen des Solidaritäts-Programms spielte im Lunavert eine Mannschaft der M.W.-Pioniere gegen Kanal-Ost-Schüler. Die eingeschulerten Kanal-Schüler siegten 3:1 (Halbzeit 2:0).

Gründung einer roten Schwimmerabteilung

Der M.W. Kanal-Ost nimmt am Mittwoch, dem 15. Juni, die Gründung einer Schwimmer-Abteilung vor. Schwimminteressenten erscheinen an diesem Tage von 15 Uhr ab im Straußischen Bad in der Chle (am Beginn der Eiser Straße). Übungsbetrieb im gleichen Bade jeden Mittwoch. Padelgebühr (einschließlich Zellenbenutzung) für Vereinsmitglieder 15 Pfennig.

Achtung! Landessportfest!

Sämtliche Techniker treffen sich heute um 20 Uhr bei Gordyan, Bergmannstraße 12.

M.W. Solidarität

In der Vollversammlung wurden folgende Genossen in den Vorstand gewählt: 1. Vorst.: Rudolf Felsenberg, Rosenstraße 18, 1. Kassierer: Willy Bauer, Alteschauerstraße 30, Sport- und Zeugwart: Paul Krause, 2. Sportwart: Paul Leipner.

lichen und reformistischen Sportverbände unterstützen die Durchführung der Sparpolitik der Bourgeoisie auch auf sportlichem Gebiete. Allein die Kampfgenossenschaft führt den Kampf um die sportlichen Interessen der Arbeiter. Unter ihren Lösungen ist es, wie z. B. in Berlin, im Bezirk Prenzlauer-Berg, gelungen, durch die Empörung der gesamten sporttreibenden Arbeiterschaft die Erhöhung der Benutzungsgebühren zu verhindern. Das ist ein Beispiel. In Gildern bei Tüßeldorf haben die sporttreibenden Arbeiter in den Verbänden zur Mobilisierung für den Kampf gegen die Sparpolitik und gegen die Ausnutzung des Sportbetriebes für die imperialistischen und faschistischen Ziele ein Einheitskomitee geschaffen. Die Einheitsfrontarbeit gilt es weiter zu entwickeln. In der Auswertung der politischen und sportpolitischen Situation müssen die roten Sportler durch ihre Initiative zeigen, daß sie die Vorkämpfer der kämpfenden sporttreibenden Arbeiterschaft sind, daß sie es verstehen, trotz des ungeheuren Druckes den sporttreibenden Arbeitern den Weg zu zeigen, der ihnen freie sportliche Betätigung ermöglicht. Das ist der Weg des Kampfes gegen die Sparpolitik, gegen Arbeitsdienstpflicht, der Weg des revolutionären Kampfes gegen Faschismus und Bourgeoisie. Das ist der Weg des Kampfes um den Sozialismus.

20 Landesmeister im Kampf um die Reichsmeisterschaft im Fußball

Die Fußballpartei der Kampfgenossenschaft für rote Sporteinheit führt in diesem Jahre zum zweiten Male ihre Reichsmeisterschaft durch. Noch ist das sensationelle Endspiel um den Titel Reichsmeister, welches in Berlin im August 1931 vor über 10 000 Zuschauern stattfand, in Erinnerung. Nur ganz knapp mit 3:2 konnte der langjährige Bundesmeister, der Dresdener Sportverein 1910, seinen Widerstand, Sparta 1911 Berlin, überwinden. An den Spielen um die Reichsmeisterschaft nahmen in diesem Jahre 20 Landesfußballmeister, im vorigen Jahre 10 Landesmeister teil. Ohne Überreibung kann festgestellt werden, daß wir auf sporttechnischem Gebiete die Fußballpartei im Arbeiter-Turn- und Sportbund überflügelt haben und an die Spielstärke der bürgerlichen Sportvereine nahe herangekommen sind. Bei den zu erwartenden Ausscheidungs Spielen werden unsere Vereine dies unter Beweis stellen.

Wir bringen nachstehend die Landesmeister, die bis heute bereits ermittelt wurden. Während an den nächsten Sonntagen die letzten Endspiele um den Landesmeister noch stattfinden, beginnen bereits die ersten Spiele um die Reichsmeisterschaft am 12. Juni. Die einzelnen Landesmeister sind folgende:

- Sachsen: M.W. Leipzig-Schönefeld.
- Mitteldeutschland: Fortuna, Greppin.
- Nordwest: Mejer OS, Bremen.
- Ostpreußen: Freie Turner, Königsberg.
- Pommern: M.W., Jülichow.
- Mecklenburg: M.W., Teterow.
- Schlesien: Stern, Jirkau.
- Hannover: Rasensport, Braunschweig.
- Hessen-Frankfurt: M.W., Sprendlingen.
- Hessen-Waldeck: Sportklub 1926, Kassel.

Nur einen „alten Bekannten“ finden wir unter den Favoriten, und zwar Mejer OS, deren Spiel gegen Sparta-Berlin im Vorjahre noch in aller Erinnerung ist. Alles andere sind unbekannte Gesichter, wobei aber zu bemerken ist, daß sich in den einzelnen Landesgebieten wirklich die Besten zum Landesmeister durchgerungen haben. Wir nennen hier vor allem: Leipzig-Schönefeld, Fortuna-Greppin, M.W.-Sprendlingen.

Ein heißer Kampf gab es in vorgenannten Landesgebieten um die Ernte. Ebenso heiß geht es zurzeit im Landesgebiete Baden um den Landesmeister zu, wo am Sonntag die ersten Mannschaften von Lörrach und Heilbronn durchdringen. Dasselbe ist zu sagen vom Landesgebiet Württemberg, welches diesmal wahrscheinlich durch den Verein Teutonia-Hamburg vertreten sein wird; doch müssen sie vorerst die 1. Mannschaft von Kiel bezwingen. In Bayern ist der Landesmeister noch eine offene Frage zwischen dem Verein Selb 06 und Nürnberg-West, während im Rhein- und Ruhrgebiet die endgültige Entscheidung erst Ende Juni fällt. Auch in Berlin ist der Meister noch nicht ermittelt. Nachdem am vergangenen Sonntag Panow OS über Weißensee 3:0 gewann, stehen die drei Anwärter punktgleich.

Die Präsidial-Regierung!

Das Bündnis Hitlers mit Schlotbaronen, Junkern und Generalen

„Wahl Hindenburg!“ riefen die Führer der „Eisernen Front“ bei der Reichspräsidentenwahl. Die Wahl Hindenburg bedeutet die Niederlage Hitlers. Wer den Faschismus vor der Macht fernhalten will, muß Hindenburg wählen. Nach der Wahl Hindenburgs wurden die Notverordnungen vorbereitet, die eine weitere Belastung der Massen, die Zerstückelung der Sozialversicherung, weitere Hunderte von Millionen an Lasten an die Großgrundbesitzer und Finanzkapitalisten verhängen. Nachdem Hindenburg wiedergewählt war, verband er sich mit allen reaktionären und faschistischen Führern, einlag Bränning und bereitete den Nationalsozialisten die offene Nachahmung vor.

Die Präsidial-Regierung, die Diktatur-Regierung, die sich „nationaler demokratischer“ nennt, ist von Hindenburg, mit den Vertrauensleuten des Finanzkapitals, der Schlotbarone, der Junker, im Bündnis mit Hitler, von den schlimmsten Feinden der Arbeiterschaft, besetzt. Die Verleumder und Schmeichler trieben seit der Wahl an der Spitze in die Höhe. Mit Hilfe dieser „nationalen Kräfte“ führen sie eine neue Reaktion durchzuführen. Die Börsejobber, Schlotbarone und Großgrundbesitzer wollen ihre verwirtschafteten und verfallenen Betriebe erneut „sanieren“. Neben der Zerstückelung der deutschen Wirtschaft und verhängte Unterdrückung der Arbeiterklasse und die nationalsozialistische Ausbeutung der Massen durchgeführt werden.

Die sozialdemokratischen Wähler und Anhänger, die Mitglieder der „Eisernen Front“ erhalten erneut bestätigt, daß die Politik des „Mittleren Weges“ ihrer Führer zum größten Uebel der Arbeiterschaft führt. Ihre Führer, die große Teile der Partei bilden, versuchen, um in einheitlicher, geschlossener Front entgegenzutreten, um das Notwendige zu kämpfen, haben durch ihr Bündnis mit den reaktionären, diese Wege zu schaffen. Raum je nach dem reaktionären Führer, die Bildung, Gestalt und Größe der reaktionären Diktatur des Faschismus entlarzt!

Die Arbeiterklasse, die auch heute hart genug, wenn sie unter reaktionärer Diktatur empfindet und geschlagen marschieren, die Junker, Barone, die Agrarier von Nr und Palm, die bankrotten Industriellen und Finanzkapitalisten zu vertreiben.

Die reaktionären und Nationalsozialisten versuchen die Bourgeoisie die Arbeiterklasse auszunutzen, um ihre weiteren Raubpläne an der Arbeiterklasse durchzuführen. In steigendem Maße werden die Arbeiter der kommunistischen Partei zur antifa-schistischen Aktion gegen Faschismus und Bourgeoisie widerhallen. Die rote Einheitsfront formiert sich. Der Nationalsozialismus gegen kommunistischen Terror findet starke Anteilnahme auch der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter. In den Betrieben heißt es, die Front gegen den weiteren Rohraub der Unternehmer herzustellen. Nur die roten Sportler ist es ein Gebot der Stunde, die Kräfte zu mobilisieren und im Betrieb den sporttreibenden Arbeitern in den

bürgerlichen und reformistischen Verbänden nicht nur aufzuzeigen, daß weiterer Rohraub auch für sie die weitere Einschränkung der sportlichen Betätigung bedeutet. Es gilt, auch von diesem Standpunkt aus die Arbeiter zu gewinnen für die Einheitsfront gegen den Rohraub. Die bürgerlichen und reformistischen Sportführer ermöglichen durch ihre Politik und unwürdigen die Offensiv der Unternehmern gegen die materielle Lage auch der sporttreibenden Arbeiter. Sie sind die eifrigsten Verfechter des kapitalistischen Systems. Sie legen alles daran, die sportliche Betätigung mehr zu machen für die Erziehung der Ausbeutungsfähigkeit der Arbeiter und für die faschistische Zielsetzung der Bourgeoisie durch den Arbeitsdienst und für die Vorbereitung der militärischen Interventionen gegen die Sowjetunion.

Faschismus und Krieg sind untrennbar miteinander verbunden. Faschismus und Krieg ist der Inhalt der in den nächsten Wochen in Los Angeles ablaufenden bürgerlichen Olympiade. Diese Situation muß für die roten Sportler Anlaß sein, durch ihre Betriebsarbeit die Einheitsfront der sporttreibenden Arbeiter herzustellen durch die Schaffung von roten Betriebsvereinigungen. Wo die Leitungen in dieser Beziehung mit Initiative an die Durchführung dieser Arbeit einwirkend den Vorschlägen des 6. Plenums der M.S.Z. und des 2. Reichskongresses der M.S. herangehen, zeigt sich, daß im Betrieb mit die Basis gegeben ist, durch die Schaffung roter Betriebsvereinigungen der faschistisch-imperialistischen Politik wirksam entgegenzutreten. So führen die roten Sportler auf ihrem Gebiet die antifa-schistische Aktion durch.

Mehr denn je müssen dabei die roten Sportler auch den Erwerbslosen Beachtung zuwenden. Wir sehen, wie die Bourgeoisie durch die bürgerlichen und reformistischen Sportführer versucht, mit Hilfe von Erwerbslosen-Vereinigungen, von Zwangsvereinigungen die Erwerbslosen abzukleinern vom Kampf um die Forderungen und sie nutzbar zu machen für die Bourgeoisie durch Einbeziehung in die bürgerlichen und reformistischen Sportvereinigungen, sie so gefügig zu machen für den Arbeitsdienst, zu Strafbrechergarden und für den Faschismus. Anläufe in einigen Großstädten zeigen, daß die roten Sportler durch die Schaffung von Erwerbslosenstaffeln, von Erwerbslosenmannschaften auf den Stempelstellen, von Straßenvereinen, die Erwerbslosen gewinnen können für die rote Sportfront.

In der Durchführung der antifa-schistischen Aktion liegt in Verbindung für die roten Sportler die Aufgabe der Bekämpfung der Einheitsfrontarbeit in Verbindung ihrer sportlichen Arbeit mit den Kämpfen der Arbeiterschaft gegen Faschismus, imperialistischen Krieg und Bourgeoisie, um die Durchsetzung der Forderungen für die Interessen der sporttreibenden Arbeiterschaft. Nicht nur werden den roten Sportlern die Sportplätze entzogen. Die Benutzungsgebühren werden erhöht gegenüber den sporttreibenden Arbeitern, gleichviel welchen Verbänden sie angehören. Die Führer der bürger-

KAUFHAUS SCHOCKEN WALDENBURG



Sportkleider

„Ursel“, Waschpopeline-Kleid, Rock vorn Falten, Bluse Knopf - Garnierung, weiß oder farbig **3.65**

„Dina“, Sportkleid, Silkanette - Panama mit Schaltrage und Ärmelblenden, weiß oder farbig **6.85**

„Elise“, Sportkleid, Kunstseiden - Panama, Träger - Form, Bluse gemustert, Rock einfarbig **7.85**

*71 Inseratenform geschickt

Reifungsplatz Landab-Tourist-Staff vom 18. und 19. Juni in Lublow.

Sonntag: „Lunapark“, Saalsportfest: Bogen, Ringen, Ju-Jitsu, Radfahrer, turnerische Vorführungen.

Sonntag: Am Sportplatz in Gräbchen (Hardenberghügel): Fußball. Auswahlkämpfe Ober- und Mittelschlesien und Bezirk Waldenburg — Breslau und andere Gesellschaftsspiele. — Leichtathletische Wettkämpfe!



Bildbericht der Woche

Die befreite Frau



3 Millionen Frauen fanden im Ablauf des ersten Fünfjahrplanes Arbeit und Brot.

★

Glückliche Jugend



Ist sie auch gottlos, so ist sie „doch“ glücklich, denn mit dem „lieben Gott“ verschwanden auch die Industriebarone und Gutsbesitzer in der Sowjetunion.

Der Führer



Der bekannte englische Photograph James Abbe, der anlässlich seiner Rußlandreise das obenstehende Bild von Stalin, dem Führer der bolschewistischen Partei, machte, hat in Londoner „Daily Express“ über seinen Empfang bei Stalin bemerkenswerte Ausführungen gemacht.

Stalin — so schreibt Abbe —, der immer freundlich und lächelnd mit mir blieb, scheint aber wirklich aus Stahl zu sein, wie sein Name sagt.

Er schien mir durchaus nicht krank zu sein, wie seine Gegner vorgeben. Für ihn ist das Kranksein, bei einem Mann von 53 Jahren, ein Zeichen von Charakterchwäche. Der Photograph lernt durch seinen Beruf den menschlichen Charakter zu erfassen und die Zeichen von Schwäche zu finden. Meiner Ansicht nach ist Stalin, von allen Menschen, die ich je photographierte, der bemerkenswerteste durch seine starke Willenskraft, durch die Geschlossenheit seines Charakters und vor allem — eine seltene Eigenschaft — durch seine Aufopferungswilligkeit.

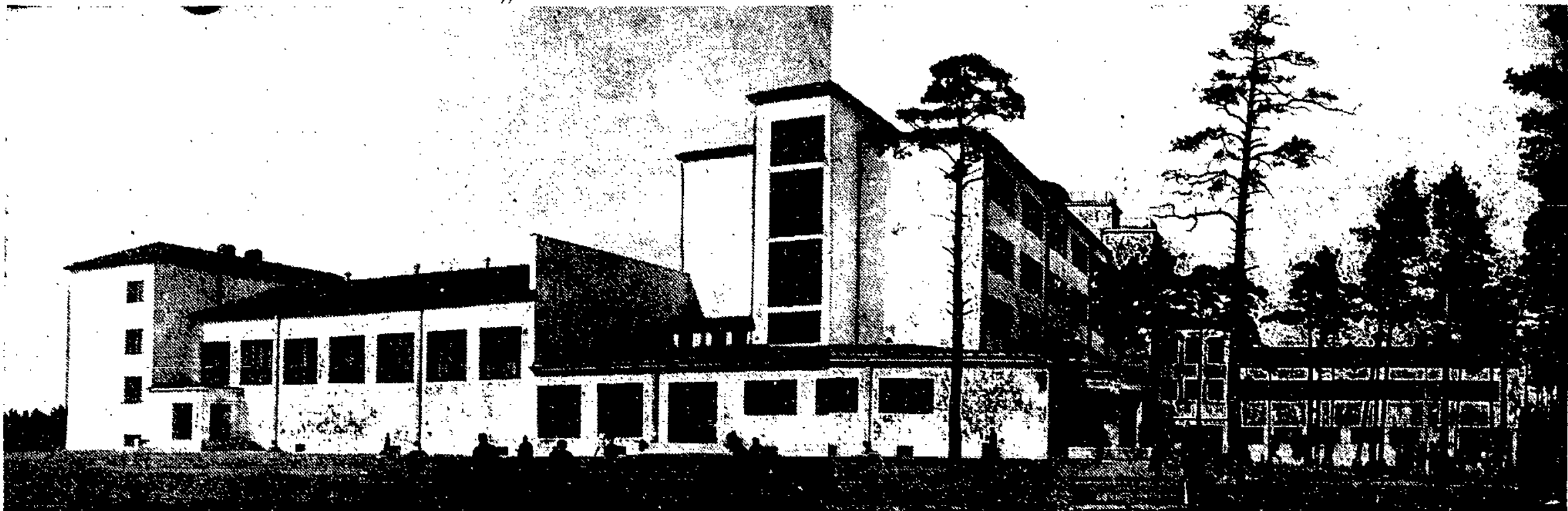
Sein Körper erscheint fest genug, um noch dreißig Jahre den Dienst zu versehen. Aber er würde nicht zögern, ihn in zehn Jahren aufzubrauchen, wenn es der Ueberzeugung wäre, daß es für seine Pläne notwendig sei.

Man erzählte mir, daß Stalin Anspruch erhebt, für einen Proletarier zu gelten, daß er aber in Luxus lebe und in prächtigen Autos herumfahre. Stalin bedarf „ebensosehr“ des Luxus, wie ich einer Kamera aus Platin.

Vielleicht sind seine Privatgemächer luxuriös, ich möchte aber wetten, daß sie viel eher einfach bequem sind. Wozu hätte er auch Luxus nötig? Er arbeitet Tag und Nacht in seinen Diensträumen. Seine Frau arbeitet in einer Textilschule. Und was sein Auto betrifft, so ist es ein sehr einfacher Wagen. Ich weiß es, denn er hat ihn mir für eine Fahrt zur Verfügung gestellt.

Deutsch von Woldegar Klein.

„Zum Lernen ist niemand zu alt“



Diese Sowjetparole zeigt den Unterschied gegenüber der kapitalistischen Welt, wo es heißt: „Was Häuschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.“ — Die 173. Sowjet-Waldschule in Leningrad.

Francois Poncet — Generalsekretär des französischen Außenministeriums?

Wie die „Volks-Zeitung“ mitteilt, ist als Nachfolger des von Herriot ausgeschiedenen langjährigen Generalsekretärs im französischen Außenministerium und Freund Briand, Berthelot, der hiesige Vorkämpfer in Berlin, Francois Poncet, vorgesehn.

Francois Poncet wurde viel genannt im Zusammenhang mit den Verhandlungen der Nationalsozialisten mit Frankreich. Bürgerliche Blätter stellen die Behauptung auf, daß die Kandidatur in der französischen Botschaft ein- und aus-lassen. Er hat auch die Behauptungen unseres französischen Sonderblattes „Humanität“ unwiderprochen gelassen, daß er über den Weißgardisten und Herausgeber der „Sturmglocke“, Jaskowlew, Verbindungen zu dem Präsidentenmörder Gorkulow habe. Die mögliche Berufung Francois Poncets auf den Posten des Generalsekretärs wäre, daß die „Links“-Regierung Herriot solche „Verdienste“ ebenso gut wie Tardieu zu schätzen weiß.

Tardiens neue Kammerfraktion

Paris, 11. Juni. Der frühere französische Ministerpräsident Tardieu, dessen bisherige Parlamentsfraktion sich gespalten hat, und zum Teil für den neuen Ministerpräsidenten Herriot stimmte, hat eine neue Fraktion in der französischen Kammer gebildet, die sich „Republikanisches Zentrum“ nennt und bisher 22 Mitglieder umfaßt.

Upton Sinclair

ruft zum Antikriegskongreß

Aus Paris wird gemeldet, daß bei dem internationalen Büro für die Vorbereitung des Genfer Kongresses ein Brief von Upton Sinclair eingegangen ist, in dem er über die drohende Kriegsgefahr schreibt, die Einberufung des Kongresses begrüßt und wörtlich mitteilt:

„Ich telegraphierte Ihnen bereits, daß ich den Aufruf zum Kongreß unterzeichne. Ich hoffe, daß die Verhältnisse meine Teilnahme nicht unmöglich machen werden.“

Die Tatsache, daß neben anderen Persönlichkeiten, die den Aufruf für die Einberufung des Kongresses schon unterzeichnet haben, sich auch Upton Sinclair für die Einberufung des Kongresses einsetzt und daran teilnehmen wird, beweist am besten, ein wie großes Echo die Initiative von Román Kolland und Henri Barbusse zur Folge hat.

Nach dieser, noch breiter nach der Widerhall des Aufrufes sein und der Kongreß sich zu einer mächtvollen Kundgebung gegen ein neues Kriegsausbrechen gestalten. Nehmt in die Betrieben und Organisationen Stellung.

Englisch-irische Verhandlungen abgebrochen

London, 10. Juni. Die Verhandlungen zwischen Macdonald und dem irischen Ministerpräsidenten De Valera sind ergebnislos abgebrochen worden.

De Valera war besonders um nach Übernahme der Macht in Irland und Vorrat an den Sozialisten Forderungen der Arbeiter nicht die Komposition der Arbeiter vollständig einzubüßen, die Frage der Wahrung des Irlands für den englischen König zu einer Forderung gemacht. Der Abbruch der in dieser Hinsicht mit der englischen Regierung geführten Verhandlungen beweist, wie schwierig es ist, als Soldat des englischen Imperialismus die Forderung der sozialen Gerechtigkeit, soziale und nationale Freiheit fordernden Massen erfolgreich durchzuführen.

Weißgardist Ganda — Befehlshaber der Mandschureiarmee gegen die UdSSR.

Die weißgardistische Konterrevolution der Tschchoslowakei dankt der Sozialdemokratie für die Ablehnung der Ausweisungsanträge der Kommunisten

Hausdurchsuchungen bei tschechischen Faschisten haben Dokumente zutage gefördert, die vom Bestehen enger Beziehungen zwischen dem früheren General Ganda und den weißgardistischen Banden im Fernen Osten zeigen. General Ganda ist Führer der tschechischen Faschisten und ist in dunkle Finanzierungsbeziehungen für die Kämpfe gegen die Sowjetunion verwickelt.

Aus den von bürgerlichen Blättern der Tschchoslowakei veröffentlichten Dokumenten geht hervor, daß die Regierung des Mandschurenstaates dem Faschistengeneral Ganda im März 1932 das Oberkommando der mandchurischen Armee angetragen hat, die er gemeinsam mit den Weißgardistenbanden gegen die Sowjetunion führen soll. Ganda konnte seinerzeit nicht sofort abfahren, weil in der Tschchoslowakei ein Projekt gegen ihn schwebte, der die ganze



Öffentlichkeit beschäftigt und sein Verschwinden ungeheures Aufsehen erregt hätte.

Es verlautet, daß Ganda jetzt nach dem Rufe nach dem Fernen Osten Folge leisten werde.

Bekanntlich haben die tschechischen Sozialdemokraten den Antrag der kommunistischen Parlamentsfraktion auf Ausweisung des gefährlichen weißgardistischen Gesindels aus der Tschchoslowakei abgelehnt. Das in Prag erscheinende russische Weißgardistenblatt „Kedintwo“ veröffentlichte daraufhin in seiner Nummer vom 3. Juni an leitender Stelle eine förmliche Dankeagung an die Regierung, besonders an die sozialdemokratischen Parteien, für die Ablehnung der kommunistischen Anträge auf Ausweisung der Weißgardisten. Die tschechische kommunistische Partei hat das Proletariat aufgerufen, angesichts dieser Einheitsfront die Forderung: Sinaus mit den Weißgardisten aus dem Lande! noch stärker zu erheben.

Terror gegen die Kriegsveteranen

Washington, 11. Juni. Die Stadt Washington hat verlangt, daß die Kriegsveteranen sofort auf bereitgestellten Lastwagen die Stadt verlassen. Die Veteranen lehnten das Ultimatum ab und verlangten Bewilligung ihrer Forderungen. Daraufhin wurde an alle Staatsgouverneure Anweisung gegeben, die immer noch anrückenden Trupps „mit allen Mitteln“ aufzuhalten.

Noch mehr Kavallerie für die Mandschurei

Hungersnot und Bauernrebellion in Japan — Kräfte im japanischen Kabinett

Tokio, 11. Juni. Unmittelbar nach einem Mobilisierungsbefehl für weitere Kavalleriedivisionen nach der Mandschurei ist eine Erklärung des Kriegsministeriums über die Lage in der Mandschurei erschienen. In der Erklärung wird darauf hingewiesen, daß die ausländischen Truppen, die sich nach ihrer Niederlage im Gebiet des Flußes Sungari und Mutankiang zurückgezogen haben, in „vielen“ Fällen von fünf Brigaden hätten. Auch in den übrigen Bezirken seien nach wie vor Partisanenabteilungen vorhanden, „die aus Banditen bestehen“. Das Kriegsministerium erklärt, daß die mandchurische Regierung mit diesen Aufständischen ohne Unterstützung japanischer Truppen nicht fertig werden könne. „Dieser besondere Charakter der Kampflage in der Mandschurei“, so heißt es weiter in der Erklärung des Kriegsministeriums, „machte die Abwendung weiterer Divisionen und eine Reorganisation der Kwantung-Armee notwendig.“

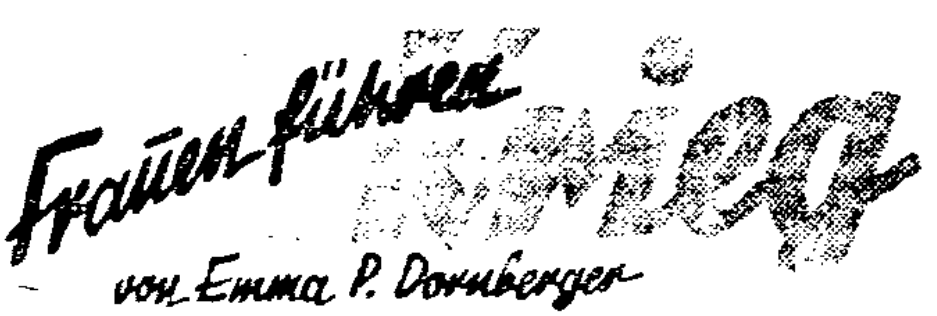
Tokio, 10. Juni. Die Presse schenkt Meldungen über die schwierige Lage der Landwirtschaft und über die steigende Unzufriedenheit unter den Bauern in Japan, besonders in seinen nördlichen Gebieten, wo Tausende von Bauernfamilien direkt vom Hungertode bedroht sind, große Aufmerksamkeit. Die Zeitungen melden, daß das Kriegsministerium Japans durch diese Lage besonders beunruhigt wurde, da es den Einfluß dieser wachsenden Unzufriedenheit auf die Stimmungen der Soldaten befürchtet, von denen 2 Prozent aus der Landbevölkerung kommen. Die Mehrheit der Soldaten der japanischen Armee, die in der Mandschurei steht, setzt sich aus Bauern der Bezirke Homori, Nagano, Tozigi, Ibaraki und anderen Gegenden zusammen, die besonders von der Agrarkrise betroffen sind.

In der japanischen Regierung bestehen starke Meinungsverschiedenheiten sowohl über die Bekämpfung der Wirtschaftskrise wie auch über die weitere Politik in der Mandschurei.

Arbeitsdienstpflicht nach deutschem Muster in Oesterreich

Wien, 9. Juni. Der Ministerrat befaßte sich mit der Fertigstellung des Notbudgets, Abstrich von 100 Millionen Schilling und Erhöhung der staatlichen Einnahmen. Es ist eine Steuer für alle Beschäftigten ohne Unterschied des Beschäftigungsgrades und andererseits eine höhere Warenumschlagsteuer, also ebenfalls eine Massensteuer, vorgesehen. Dazu soll noch eine Erhöhung des Kaffee- und Teezoll kommen. Ferner wurde ein Gesetz beschließen, das die Einführung der berückichtigten „freiwilligen“ Arbeitsdienstpflicht nach deutschem Muster vorsieht. Man will den Arbeitern eine tägliche Entschädigung von zwei Schilling auszahlen. Die Arbeiter würden also hier bedeutend weniger als die Erwerbslosenunterstützung beträgt, erhalten. Der Beschluß soll in nächster Zeit dem Nationalrat eingereicht werden.

Brüssel, 9. Juni. In der reformistischen Hochburg Frameries des Kohlenreviers Borinage sind die Bergarbeiter in drei Kohlenruben in den Streik gegen den geplanten Lohnabbau getreten. Wie immer, sind die reformistischen Führer dabei, die Ausdehnung der Bewegung zu verhindern, um sie um so sicherer abzuwürgen.



Copyright by „Rote Fahne“, Berlin, 1932

Zwei Jugendgenossen — wiederum ein „Bückerdudeln“, wie es hieß, hatten sich zusammengesunden. Nicht nur Kölnen, Köln, auch ein Berliner und Frankfurter waren dabei.

Was war besonders erregt über einen Bericht der Kölnischen Zeitung von einer Versammlung der Zentrumspartei in der Pappschloßstraße. „Habt ihr gelesen, was die von uns verlangen?“ fragte er und schlug mit der Hand wie wild auf die Zeitung. „Hier steht:

Um bei der Herstellung und Sicherung geordneter Verhältnisse in Köln und dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens die Mitwirkung möglichst aller Bevölkerungsteile zu sichern, erachtet die Versammlung die Umbildung der Arbeiter- und Soldatenräte zu einem Ordnungsausschuß der Stadt Köln für dringend erforderlich. Die Versammlung wählt den Oberbürgermeister, diese Umbildung baldigst in die Wege zu leiten und die Mitwirkung von Vertretern der Industrie, des Handels, Handwerks, der gewerkschaftlichen Organisationen, der Arbeiter und Angestellten sowie der politischen Parteien sichern zu wollen. Es ist zu hoffen, daß sich die Angehörigen aller Parteien möglichst zahlreich dem Vorhaben der Zentrumspartei anschließen, damit das ganze Bürgertum in entschlossenem Gemeinsinn sich den Aufgaben einer Zeit würdig erweist.“

„Ordnungsausschuß“, wiederholte Mißy müde. „Unter Mitwirkung der Unternehmer und der politischen Parteien, womöglich auch der Monarchisten, was? Zum Koken ist das!“

„Ja, was heißt überhaupt“, warf Fritz dazwischen, „die Versammlung wählt den Oberbürgermeister die Umbildung des Arbeiter- und Soldatenrates in die Wege zu leiten? Versteht ihr das? So eine Arbeit! Was hat der Oberbürgermeister an dem Arbeiter- und Soldatenrat anzuhängen? Was hat der dabei zu tun?“

„Leider ist er nicht ausgeschieden“, sagte Paul.

„Na ja, dann muß er aber doch froh sein, daß er geduldet wird.“

„Trotzdem“, der ist mehr als ein Soldat! Der macht tolle mit! Der jetzt, wenn das nicht alles geht, geht das noch was zu retten ist.“

„Ungläublich“, schrie Mißy wieder und warf die Zeitung auf den Tisch. „Ungläublich!“ Seine rote Menge Soldatenkluft schlug trommelnd auf das Blatt, als wollte sie weghämmern, was da stand.

„Nun, was ist denn“, fragte Fritz und zog die Zeitung zu sich hinüber.

„Nichtlich entdecken sie alle für Herz für die Revolution! Lies mal, was da in dem Blatt steht!“

Fritz begann zu lesen, jedes Wort betonend: „Eine vaterländische Pflicht ist es, der neuen Regierung zu helfen, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Das ist das politische Testament des gescheiterten Kaisers, daß das deutsche Volk unbehindert über seine Zukunft bestimmen kann; das heißt aber: — Fritz machte eine Pause — „daß die Revolution von allen Kräften, die es ehrlich mit dem deutschen Volke meinen, organisiert werden muß. Oder die Wogen der Revolution werden über uns allen zusammenlagern!“

„So eine Demagogie!“ schrien einige. „Neben uns“, meinte Mißy, „damit sind natürlich nicht wir, sondern die Bourgeoisie gemeint, und wenn sie also in ihrer Zeitung von „Revolution organisieren“ reden, so meinen sie damit: Sie abzuwürgen.“

„Für die Bourgeoisie ist das ja eine Lebensfrage“, sagte Luise, „aber vielleicht werdet ihr euch umhören, wenn ich euch berichten muß, daß die Führung des Arbeiter- und Soldatenrates selbst in schönster Harmonie mit den Vertretern der Bourgeoisie für den Verrat der Revolution Sorge trägt“. Und nun teilte sie mit, was

sie am Morgen erfahren hatte, — daß der Arbeiter- und Soldatenrat einstimmig beschlossen hat, sechs Vertreter der freien Gewerkschaften in den Rat aufzunehmen und daß zur Führung der Geschäfte ein Aktionsauschuß eingesetzt wurde, der nur aus Bonzen bestand.

„Wer hat den Arbeiter- und Soldatenrat ermächtigt, Vertreter der Gewerkschaften einzubeziehen? Ist der Arbeiter- und Soldatenrat überhaupt aus gewählten Vertretern der Betriebe und Truppenteile zusammengesetzt. Ist er nicht vielmehr zusammengeschoben? Ich frage euch, werden die Arbeiter und Soldaten damit einverstanden sein, daß sich ein Aktionsauschuß bildet, der die Führung in seinen Händen konzentriert, nicht um alles zur Herbeiführung einer herrlichen Revolution zu tun, sondern zur Wiederherstellung der alten Ordnung?“ Nun waren die Jungen misstrauisch geworden. Schon am andern Tage während der Arbeit suchten sie Gelegenheit, sich zu verständigen.

„Ich glaube auch“, flüsterte Fritz auf dem Flur seinem Kameraden ins Ohr, „hier sind Kräfte am Werk, die die Revolution verraten. Hast du gehört, daß der Aktionsauschuß schon gestern, ohne daß wir etwas davon zu wissen kriegten, nach dem Apostelkloster übergesiedelt ist? Heute steht es ja in der Zeitung, es ist kein Geheimnis mehr — aber wir werden vor fertige Tatsachen gestellt. Wenn du keinen bestimmten Auftrag und Ausweisung hast, wird man dich dort drüben in das Gouvernementsgebäude nicht rein lassen. Na, was sagst du dazu?“

Die schändliche Absicht, die im Rathaus verbliebenen Kommissionen von der unmittelbaren Führung der Bewegung auszuschalten, sie zu isolieren, ihren Einfluß auf ein Minimum herabzudrücken, sie zu technischen Arbeitsabteilungen zu machen, — wurde unserem Bäckerdudeln immer klarer. Man bürdete den Kommissionen ungeheuer viel Kleinarbeit auf und übertrug wichtigen Funktionen der Bewegung lächerliche Arbeiten. Langsam aber übergab man die notwendigen Abwicklungsarbeiten den Verwaltungsbüros der Behörden. Das wurde bemerkt mit dem Argument: „unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates“. So entstand in den Kommissionen, in denen die revolutionären Elemente, auch USA-Leute, entscheidenden Einfluß hatten, langamer Verfall. Der Aktionsauschuß des Arbeiter- und Soldatenrates ließ ein verbrecherisches Spiel mit den Interessen der revolutionären Arbeiter und Soldaten. Die alten sozialpatriotischen Demagogen, die Routiniers, triumphierten.

(Fortsetzung folgt)